NACHRICHTEN
Österreich

Krankenhausreform: DGB fordert bessere Gesundheitsversorgung in Sachsen!

DGB Sachsen betont notwendige qualitativ gute Gesundheitsversorgung in der Krankenhausreform und kritisiert Finanzierungslücken.

Dresden, Deutschland - In der Debatte um die Krankenhausreform in Deutschland hat Daniela Kolbe, die stellvertretende Vorsitzende des DGB Sachsen, am heutigen Tag in Dresden klare und deutliche Statements abgegeben. Ihrer Meinung nach sollte die Reform den Menschen in den Mittelpunkt rücken und eine qualitativ hochwertige Gesundheitsversorgung gewährleisten. Sie betonte, dass es sowohl in städtischen als auch in ländlichen Gebieten Sachsens unabdingbar sei, die Versorgungsangebote an den Bedürfnissen der Bevölkerung auszurichten und die Qualität der Gesundheitsleistungen sicherzustellen.

Kritisch betrachtet Kolbe die aktuelle Finanzierung der Krankenhausreform, die nahezu ausschließlich durch gesetzlich Versicherte und die Bundesländer erfolgen soll. „Das kann nicht funktionieren“, erklärte sie. Ihrer Meinung nach müssen alle von der Strukturreform profitieren, daher sollte auch die Finanzierung über Steuern erfolgen. Diese Herangehensweise würde bedeuten, dass auch privat Versicherte und wohlhabende Bürger zur Kasse gebeten werden, um die Gesundheitsversorgung zu sichern. Ein weiterer Aspekt, den sie ansprach, sind die steigenden Beitragssätze, die durch eine solche Finanzierung entstehen könnten – eine Perspektive, die viele besorgt.

Finanzierung und Unterstützung der Gesundheitsversorgung

Kolbe forderte von der Landesregierung, den bevorstehenden Prozess gut zu moderieren und die lokalen Akteure in die Planung zu integrieren. In strukturschwachen Regionen Sachsens ist die Unsicherheit bezüglich der künftigen Gesundheitsversorgung besonders ausgeprägt. „Wir müssen darauf achten, dass alle Stimmen gehört werden und die Sorgen der Menschen ernst genommen werden“, sagte sie. Sie machte deutlich, dass es für die zukünftige Stabilität der Beitragssätze zudem wichtig sei, die Versprechen der Bundesregierung einzuhalten. Insbesondere sprach sie die Notwendigkeit einer fairen Finanzierung für Bürgergeldempfänger an, was massive Entlastungen für die Krankenkassen mit sich bringen könnte. Hierbei waren es immerhin mehr als neun Milliarden Euro, die es zu berücksichtigen gilt.

Ebenfalls von Bedeutung ist der Vorschlag, den Mehrwertsteuersatz für Arznei-, Heil- und Hilfsmittel auf 7 Prozent zu senken. Kolbe sieht in dieser Reduzierung eine essentielle Maßnahme zur Unterstützung der Patienten. Sie appellierte an die Verantwortlichen, endlich die notwendigen Maßnahmen umzusetzen, damit die Gesundheitsversorgung in Sachsen und darüber hinaus auf einem qualitativ hohen Niveau gesichert werden kann.

Die Reform ist nicht nur ein zentraler Punkt in der politischen Landschaft, sondern auch eine Maßnahme, die direkt das Leben und die Gesundheit der Bürger beeinflusst. Die Diskussion um die richtige Finanzierung und Qualität der medizinischen Versorgung steht im Fokus, und die Verantwortlichen sind aufgerufen, Lösungen zu finden, die sowohl dem öffentlichen als auch dem privaten Sektor gerecht werden.

Weitere Informationen zu dieser Thematik sind **hier** zu finden.

Details	
Ort	Dresden, Deutschland

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at